Bezugspreis:
Monatlich 95 Pfg., vierteljährlich 2,85 Mk. frei ins Haus. Bei der Post abgeholt 90 Pfg. und M. 2,70, durch den Briefträger M. 1,04 und M. 3,12.
Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan.
Nassauischer Landwirt.
Fernsprech-Anschluß Nr. 8.
Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Nassauer Bote

Verantwortlich: Dr. Albert Gieber. — Rotationsdruck u. Verlag der Limburger Vereinsdruckerei, G. m. b. H.: J. Becker, Direktor, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die siebenspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Bei Stellengesuchen und kleinen Anzeigen ist die erste Aufnahme umsonst. Reklamen 60 Pfg.
Anzeigen-Annahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend. Nachlaß nur bei Wiederholungen und pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Diezerstraße 17.
Postscheckkonto 12382 Frankfurt.

Nr. 154. Limburg a. d. Lahn, Freitag, den 5. Juli 1918. **49. Jahrgang.**

Ein neuer Kriegskredit von 15 Milliarden Mark angefordert.

Infanteriekämpfe beiderseits der Somme.

Deutscher Tagesbericht.

WB. Großes Hauptquartier 4. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Gefechtstätigkeit lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Seit frühem Morgen starkes Feuer des Feindes. Beiderseits der Somme haben sich Infanteriekämpfe entwickelt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Heftige Teilangriffe der Franzosen nördlich der Aisne. Westlich von Moulin sous Touvent wurde der Feind im Gegenstoß in unsern vorderen Kampflinien abgewiesen. Im übrigen brachen seine Angriffe vor unseren Hindernissen zusammen. Erneute Vorstöße des Feindes westlich von Chateau-Thierry scheiterten.

Heeresgruppe Herzog Gallwitz u. Albrecht.

Ein starker Vorstoß des Feindes auf dem östlichen Maasufer wurde abgewiesen. Im Sundgau machten wir bei erfolgreicher Unternehmung Gefangene.

Leutnant Udet errang seinen 40., Leutnant Rumey seinen 29. und 30. Luftsieg.

Der 1. Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

WB. Berlin, 4. Juli, abends. (Amtlich.) Beiderseits der Somme wurden starke englische Teilangriffe in unserem Kampfgelände zum Scheitern gebracht.

Fortdauer der Kämpfe an der Piave-Mündung.

Wiener Tagesbericht.

WB. Wien, 4. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Der Geschützkampf ist an zahlreichen Abschnitten der Südfront außerordentlich rege. Bei Asiago und auf dem Monte Sisemol scheiterten englische Stoßtrupp-Unternehmungen. Im Mündungsgebiet der Piave dauern die Kämpfe an.

Der Chef des Generalstabes.

Neue Tauchbootresultate: 14500 Br.-R.-T.

WB. Berlin, 4. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote 14 500 Bruttoregistertonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Versenkt.

Stockholm, 3. Juli. Wie „Allehanda" aus Gotenburg erfährt, wurde der schwedische Dampfer „Grekland" (2756 Bruttoregistertonnen) auf der Reise nach London versenkt.

Wirkungen des U-Bootkrieges.

Nach dem Jahresbericht der Suezkanal-Gesellschaft wurde der Suezkanal infolge des deutschen Tauchbootkrieges im verflossenen Jahre 1917/18 von etwa 1700 Seeschiffen mit 6,7 Millionen Brutto-Registertonnen Gehalt weniger benutzt, als vor Erklärung des uneingeschränkten Tauchbootkrieges. Viele Schiffe fahren zur Zeit zur Vermeidung der Minen- und Torpedierungs-Gefahr wieder den alten Kurs um das Kap der Guten Hoffnung.

Das Felsstück als U-Boot.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers" aus Genf hat das Seegericht in Cherbourg den französ. Kapitän Tizien freigesprochen. Er hatte bei mäßigem Wetter ein Felsstück für ein deutsches Unterseeboot gehalten und sein Patrouillenschiff „Gazelle" durch ein verfehltes Manöver zum Sinken gebracht.

Der amerikanische Bericht.

WB. Paris, 3. Juli. Amtlicher Bericht vom 2. Juli. Gestern nachmittag bemächtigte sich unsre Infanterie in der Gegend von Chateau-Thierry mit wirksamer Unterstützung unsrer Batterien des Dorfes Veux und des Larochewaldes sowie der benachbarten Gehölze. Der Angriff wurde zur Rechten von Franzosen unterstützt, die ihre Linien auf die Höhe 204 vorverlegten. Wir schoben unsre Stellungen 1000 Meter auf einer Front von 1500 Meter vor. Der Feind erlitt schwere Verluste an Toten und Verwundeten. Das deutsche Regiment, das den angegriffenen Abschnitt besetzt hielt, leistete hartnäckigen Widerstand. Es wurde fast ganz vernichtet. Unsre Verluste sind verhältnismäßig leicht. Ein von den Deutschen frühmorgens gemachter Gegenangriff wurde gänzlich zurückgeschlagen. Der Feind erlitt abermals schwere Verluste und ließ erneut Gefangene in unsern Händen. Im Laufe des Angriffes und Gegenangriffs machten wir über 500 Gefangene, darunter sechs Offiziere. Die Zahl der von unsern Truppen in dieser Gegend im Laufe des letzten Monats insgesamt gemachten Gefangenen beläuft sich auf 1200. An Beute brachten unsre Truppen bei der Kampfhandlung gestern nachmittag einen Schützengrabenmörser und über 60 Maschinengewehre ein. Der Tag war an den übrigen Punkten der Front ruhig. Amerikanische Flieger arbeiteten Hand in Hand mit Truppen nordwestlich von Chateau-Thierry. Drei von unsern Fliegern sind nicht zurückgekehrt.

Sultan Muhamed V. †

Berlin, 4. Juli.

Nach einer hier aus Konstantinopel eingelaufenen Meldung ist S. M. der Sultan gestern um 7 Uhr verschieden.

Sultan Muhamed folgte seinem Bruder Abdul Hamid nach dessen Entthronung am 27. April 1909 auf den Thron. Er fügte sich sehr rasch in die Neuordnung der Dinge ein. Man kann wohl sagen, daß er der erste konstitutionelle Fürst der Türkei gewesen ist, der sich auch äußerlich stets zurückhielt und anders als sein Bruder Abdul Hamid eine gewisse Popularität genoß.

Der neue Kriegskredit.

Dem Reichstag ist ein neuer Kriegskredit zugegangen. Es werden weitere 15 Milliarden gefordert, die durch Anleihe gedeckt werden sollen. Der letzte, Mitte März dieses Jahres bewilligte Kredit beziffert sich ebenfalls auf 15 Milliarden Mark, sodaß nach der Bewilligung des neuen Kredits die gesamte Kriegsschuld des Reiches sich auf 139 Milliarden beläuft. Von den Krediten sind bisher nicht ganz 88 Milliarden durch Kriegsanleihe flüssig gemacht worden.

König Alfons in Paris.

Genf, 4. Juli. „Echo de Paris" meldet, daß der Besuch des Königs von Spanien in Paris 36 Stunden dauerte. Der König besuchte den Präsidenten Poincaré, den Ministerpräsidenten Clemenceau und den amerikanischen Botschafter.

Der italienische Kreuzer Parthenope und ein Dampfer torpediert.

Basel, 3. Juli. In der Morgendämmerung vom 23. wurde ein unter dem Schutz mehrerer italienischer Kriegsschiffe fahrender Geleitzug im Mittelmeer von einem Tauchboot angegriffen. Das unsichtbare U-Boot torpedierte ohne weiteres einen Dampfer. Der Kommandant des Zuges auf dem Kreuzer Parthenope, Abwehrfeuer eröffnend, gab den unversehrten Einheiten Befehl zur Weiterfahrt, während er mit seinem Kreuzer zu Hilfeleistungen an der Kampfstelle verblieb. Als er mit seinem Kreuzer und einem herbeigeeilten französischen Kriegsschiff den vom Torpedo getroffenen, aber nicht gesunkenen Dampfer ins Schlepptau nehmen wollte, wurde die Parthenope in der Höhe des linken Mastbaumes von einem Torpedo getroffen und sank innerhalb zwei Stunden. Die Ueberlebenden wurden von anderen Einheiten gerettet.

Ein Friedensprogramm der englischen Arbeiter.

Genf, 4. Juli. „Daily News" schreiben: Die englische Arbeiterpartei hat die Gewerkschaften ersucht, gemeinsam vorzugehen wegen der Aufstellung eines englischen Friedensprogramms. Gegen diese Aufforderung war ein Protest eingebracht worden, die Protestler blieben aber in der Minderheit.

„Genosse" Troelstra fordert eine internationale Konferenz.

Genf, 3. Juli. Der Berichterstatter der „Times" meldet aus dem Haag: Troelstra hat die Absicht, in der nächsten Zeit an Henderson einen offenen Brief zu richten, in dem dieser eingeladen wird, in Bälde eine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen.

Die Munitionsexplosion in Midland.

London, 3. Juli. Im Unterhause teilte der Parlamentssekretär des Munitionsministeriums mit, man glaube, daß die Zahl der bei der Munitionsexplosion in den Midlands tödlich Verunglückten 100 erreichen werde. Die Arbeit wurde schon wieder aufgenommen.

London, 3. Juli. Nach einer Reutermeldung wird amtlich mitgeteilt, daß bei der Munitions-Explosion in Midlands 100 Personen getötet und 150 verletzt wurden.

Der Zar.

Basel, 3. Juli. Reuter meldet aus Moskau: der englische Botschafter meldet offiziell, daß sich der Zar und die Zarin im europäischen Rußland befinden.

50 Jahre preußisches Reserve-Offizierskorps.

Nachdem man bis dahin als Offiziere des Beurlaubtenstandes nur Offiziere der Landwehr gekannt hatte, wurde vor nunmehr 50 Jahren, am 4. Juli 1868, durch die Verordnung betreffend die Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes ein besonderes Reserve-Offizierkorps gebildet. Bald darauf wurden dann auch die ersten Reserveoffiziere gewählt. Die Reserveoffiziere legten die Uniform ihrer Regimenter an und traten dadurch in ein innigeres Verhältnis zu denselben. Hatte das junge Reserve-Offizierskorps bereits seine Tüchtigkeit im Kriege 1870/71 bewährt, so hat es sich ganz besonders im gegenwärtigen Kriege auch in verantwortungsvollen Stellungen besonderen Ruhm und hohe Auszeichnungen erworben.

Von der Westfront.

WB. Berlin, 3. Juli. Die wiederholten Angriffe nördlich Albert kosteten den Engländern hohe blutige Verluste. Das Vorfeld liegt voll von englischen Toten. Auch sonst bezahlten die Engländer, Amerikaner u. Franzosen die Versuche, durch Patrouillen-Unternehmungen und Teilangriffe die deutschen Linien zu erkunden, mit erheblichen Opfern. Im Kemmelgebiet zwischen dem Wald und dem La Bassee-Kanal büßten die Engländer bei mißglückten Patrouillen-Unternehmungen mehrfach zahlreiche Gefangene ein. Eine französische Großpatrouille, die östlich von Reims nach starker Artillerievorbereitung vorzustoßen versuchte, kam im deutschen Sperrfeuer nicht über das eigne Hindernis hinaus. Den Amerikanern wurden nördlich von Largitzen zwei Maschinengewehre abgenommen. Das schwere deutsche Flachfeuer beschoß französische Industrieanlagen bei Pompey, Dieulouard und Dombasle mit beobachteter guter Wirkung.

Eine Audienz Czernins.

Wien, 3. Juli. Viel bemerkt wird eine Audienz, die Graf Czernin gestern beim Kaiser hatte, die drei viertel Stunden dauerte. Der Neuen Freien Presse gibt sie Anlaß, der verdienstvollen Amtsführung des Grafen mit warmem Dank zu gedenken und die Befriedigung darüber auszusprechen, daß das, was sich im April zugetragen und Czernin zum Abschied veranlaßt hat, jetzt versöhnlich ausklinge. Es sei ein Gewinn für die Monarchie, daß man mit Czernins Tätigkeit im öffentlichen Leben für die Zukunft wieder rechnen könne. Oesterreich habe zu wenig selbständige Köpfe, als daß es verschwenderisch mit ihnen umgehen dürfte. Czernin sei durch seine schlichte Menschlichkeit und seinen Eifer für den Frieden volkstümlich geworden, und ein volkstümlicher Minister sei heute kostbar. Er sei auch eine europäische Figur geworden durch seinen Friedenswillen und ein Besitz Oesterreichs, der in schwierigen Augenblicken von höherm Wert hätte werden können.

Der Telegraphenverkehr mit Rumänien.

Bukarest, 2. Juli. Der telegraphische Privatverkehr zwischen Rumänien und den neutralen Ländern, sowie Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien wurde heute wieder aufgenommen.

Aus der Ukraine.

Dem Ukrainischen Pressebureau wird aus Kiew gemeldet: Die Kiewer Dumakommission hat die Städteordnung einer Revision unterzogen und das Dreiklassenwahlrecht nach preußischem System eingeführt.

Eine Kurland-Reise der Landtagsabgeordneten.

Der „Voss. Ztg." zufolge beabsichtigt die Regierung, dem preuß. Landtag den Vorschlag zu machen, Ende August seitens der Fraktionen Vertreter zu einer Informationsreise nach Kurland u. Litauen zu entsenden, um dem Landtag Gelegenheit zu geben, Land und Leute der neuen östlichen Randstaaten kennen zu lernen.

Keine japanische Intervention.

Genf, 4. Juli. „Daily News" melden aus Tokio: Der Belagerungszustand über die japanischen Häfen der Westküste ist aufgehoben worden. Der Handel mit Wladiwostok ist wieder freigegeben. Man betrachtet damit die japanische Intervention in Sibirien als beendet.

Ein französisches Schadenfeuer.

WB. Genf, 3. Juli. Das bedeutendste Materiallager des 5. französ. Armeekorps ist in einer Vorstadt von Orleans niedergebrannt. Nach dem Petit Parisien beziffert sich der Schaden auf mehrere Millionen Francs.

Amerika.

Haag, 3. Juli. Reuter meldet aus Washington: Die Regierung kündigt an, daß sie die Telegraphen- und Telephonlinien übernehmen werde. Im Laufe dieser Woche sollen die nötigen Gesetzentwürfe angenommen werden, um dem Präsidenten hierfür die Vollmacht zu erteilen. Das Vorgehen, so sagt Reuter, wurde notwendig, um den Streiks vorzubeugen, die bei den großen Telegraphengesellschaften drohen.

* Zum Ausbau unsres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn.

Während die Entente alle Hebel in Bewegung setzt, um den Bund der Mittelmächte aus seinen Angeln zu heben; während sie besonders in Oesterreich ihre sorgfältig gelegten Minen springen läßt und in Rußland fieberhaft arbeitet, um das mühsam zustande gebrachte Friedenswerk wieder zu zertrümmern, begeben wir uns mit unseren Verbündeten, im starken Besitz des Erreichten und in ruhiger Zuversicht dem Kommenden entgegenblickend, an den Ausbau des Bündnisses, das sich in langen Friedensjahren und erst recht in diesem Weltkrieg tausendfach bewährt hat. Ist über den politischen und militärischen Teil des Ausbaues u. der Vertiefung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses wohl schon bei der Anwesenheit Kaiser Karls im deutschen Großen Hauptquartier in den Grundzügen Uebereinstimmung erzielt worden, so kommen jetzt in Salzburg Vertreter der verbündeten Reiche zusammen, um über die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Abmachungen zu beraten und einen Ausgleich der Interessen zu suchen. Der Reichskanzler selbst wird demnächst den Besuch des Grafen Burian in Wien erwidern und bei dieser Gelegenheit werden sicherlich auch die Verhandlungen weiter gesponnen, die insbesondere die Vereinigung der einer befriedigenden Lösung des polnischen Problems entgegenstehenden Schwierigkeiten zum Gegenstand und Ziele haben.

Es ist erfreulich, daß hüben und drüben die Ueberzeugung lebendig ist, daß mit dem militärisch-politischen Ausbau unseres Bündnisses eine größere Annäherung u. Vertiefung auch der wirtschaftlichen Beziehungen einher gehen muß. Im modernen Staats- und Völkerleben läßt sich eben eine staatspolitische Gemeinsamkeit auf die Dauer nur aufrecht erhalten, wenn gleichzeitig auch wirtschaftspolitische Gemeinsamkeiten vorhanden sind u. gepflegt werden. Die Auseinandersetzungen, die in jüngster Zeit zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Oeffentlichkeit gepflogen worden sind, haben klar gezeigt, daß sich alle beteiligten Regierungen und Völker in dem Grundgedanken einig sind, daß eine wirtschaftliche Annäherung zwischen den verbündeten Ländern möglich und notwendig ist. In Salzburg soll nun Klarheit darüber erstrebt werden, wie im einzelnen diese wirtschaftliche Annäherung vor sich gehen soll.

Leicht ist diese Aufgabe gewiß nicht und sie wird sicherlich nicht auf den ersten Anhieb gelöst werden können. Das moderne Wirtschaftsleben ist ein solch komplizierter Organismus, daß seine Behandlung nur mit größter Sorgfalt und unter Berücksichtigung aller Wirkungsmöglichkeiten vorgenommen werden darf. Es ist selbstverständlich, daß von der erstrebten wirtschaftlichen Annäherung alle beteiligten Länder die gleichen Vorteile haben müssen und daß ganz selbstverständlich auch die Sonderinteressen jedes einzelnen Vertragsschließenden gewahrt werden müssen. Denn noch viel weniger als staatspolitische vertragen wirtschaftlichspolitische Abmachungen einen naturwidrigen Zwang, und unser Bündnis wird nur dann von Segen begleitet sein, wenn die beteiligten Völker allesamt das Bewußtsein haben, daß ihre Lebens-Interessen durch das Bündnis aufs Beste gewahrt werden. Da aber auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist, das Bündnis in jeder Hinsicht zum Besten des Gesamtwohles unter weitester Wahrung aller berechtigten Sonderinteressen auszubauen und zu vertiefen, darum dürfen wir dem Ergebnis der Salzburger Verhandlungen ebenso zuversichtlich entgegensehen, wie den Beratungen, die noch zur Vertiefung unserer militärischen und politischen Beziehungen gepflogen werden müssen. Diese Hoffnung beseelt uns auch hinsichtlich der Lösung, die die polnische Frage erfahren muß. Sie ist vielleicht das heikelste Problem, das den verbündeten Staatsmännern zu lösen obliegt, aber gerade das Bewußtsein, daß wir aufeinander angewiesen sind und gerade in der großen Politik die stärksten gemeinsamen Interessen haben, berechtigt uns zu der Zuversicht, daß in der polnischen Frage eine Lösung gefunden werden wird, die den Lebensnotwendigkeiten des Deutschen Reiches nicht minder gerecht wird, als den Lebens-Interessen der Donaumonarchie und nicht zuletzt auch den nationalen Wünschen und Forderungen der Polen.

Seekrieg.

WB. London, 2. Juli. Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Admiralität gibt bekannt: Die Gegend zwischen der Stelle, wo das Hospitalschiff „Llandovery Castle" durch ein deutsches Unterseeboot versenkt wurde, und dem Südwestteil der irischen Küste wurde jetzt außer von dem Torpedobootzerstörer „Lysander" von zwei Gruppen von Kriegsschiffen gründlich abgesucht. Es wurden aber nur kleine Schiffstrümmer u. ein leeres Boot gefunden. Es wird daher angenommen, daß von dem Hospitalschiff Ueberlebende nicht vorhanden sind.

Nordamerika.

WB. Washington, 3. Juli. Reuter. Die Vereinigten Staaten forderten erneut die Erklärung der Türkei zu dem Gerücht, daß die türkischen Truppen das amerikanische Hospital in Täbris vernichtet hätten und die dortigen Konsulatsbeamten festgenommen hätten. Ueber Spanien ging die Bestätigung dieses Gerüchtes ein. Die Beamten des Staatsdepartements teilen mit, daß die Art der an diesem Vorgehen beteiligten Truppen von Bedeutung für die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit sein wird.

Reichstagsverhandlungen.

WB. Berlin, 8. Juli.

182. Sitzung.

Am Bundesratstisch: v. Payer, v. Capelle, Wallraf, v. Kühlmann.

Vizepräsident Dove eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 18 Min.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Haushalts in Verbindung mit der zweiten Lesung des

Friedensvertrages mit Rumänien.

Nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt wird ein Ergänzungsetat, worin dem Reichstagspräsidenten 80 000 Aufwandsentschädigung zugesprochen werden.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Gegen einzelne Punkte des Friedensvertrages haben wir Bedenken, so gegen die Dobrudschafrage, die Angelegenheit der Fremdstämmigen und gegen die Regelung wirtschaftlicher Dinge. Unsere endgültige Stellung behalten wir uns vor. Hinsichtlich des Schutzes offener Städte hinter der Kampffront hat die deutsche Regierung die Initiative ergriffen. Wird die deutsche Regierung mit ihrer Anregung von den Feinden abgewiesen, so haben wir wenigstens einen moralischen Erfolg. Der Krieg muß für Deutschland den Charakter als nationaler Verteidigungskrieg behalten. Die Auffassung, die Staatssekretär von Kühlmann ausgesprochen hat, wird von allen ehemaligen Reichskanzlern, Staatssekretären und Diplomaten geteilt, wenn sie es auch nicht sagen. Machen wir mit dem ganzen Lügenkram ein Ende! Wir können es. Lassen wir an die Stelle der Friedensoffensive eine Offensive der Wahrheit treten. Der Weltkrieg kann nicht durch das Schwert entschieden werden. Dies ist nur möglich durch Umbildung des Geistes, durch die Politik der Tat. Wir wünschen eine Regierung, die auf ihrem Gebiet wie die Heeresleitung auf dem ihrigen, es versteht, ihre Gegner zu besiegen. Das Volk ist gegen die Stimmungsmache abgestumpft. Eine Regierung, die sich zum Träger dieses Volkswillens macht, würden wir freudig unterstützen. Aber einer Regierung, die auch jetzt noch den Belagerungszustand aufrechterhält, können wir den Etat nicht bewilligen. Seien Sie sich dessen klar bewußt, was auf dem Spiele steht. Es geht um das Leben von Millionen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ledebour (Unabh. Soz.) lehnt den rumänischen Friedensvertrag ab u. bespricht die Fragen des Ostens: Wenn unter dem Schutze der deutschen Truppen die sozialistischen Einrichtungen in Rußland gestürzt werden sollten, dann wäre es unsre heiligste Pflicht, dieses Verbrechen zu verhindern. Dann haben wir die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, die deutschen Proletarier zur Revolution aufzurufen. (Lebhafte Pfui-Rufe.)

Präsident Fehrenbach ruft den Abgeordneten Ledebour zur Ordnung. (Lebhafter Beifall.)

Vizekanzler Dr. v. Payer: Auf die Bemerkung des Abg. Ledebour zu erwidern, bin ich durch den Präsidenten enthoben. Der Abg. Scheidemann hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, erklärt, daß die sozialdemokratische Partei den Etat ablehnen wird. Etwas ganz Neues ist das für uns nicht. (Zurufe: Nein.) Nur ausnahmsweise hat ja die Sozialdemokratie den Etat bewilligt. Das werden wir ertragen, wenngleich es im Kriege schwerer zu ertragen ist als im Frieden, wenn solche Demonstrationen gemacht werden. Es ist doch recht gut, daß das nur eine Demonstration bleiben muß und praktische Folgen nicht haben kann. (Sehr wahr rechts.) Wenn noch andere Parteien es ebenso machen würden, und der Etat durch die Mehrheit des Reichstages abgelehnt würde, glauben Sie, daß der Sache des Vaterlandes, des Volkes und der Freiheit ein Dienst damit geschehen würde? Ich möchte es bezweifeln. Doch das ist Ihre Taktik (zu den Sozialdemokraten.) Mögen Sie es damit halten, wie Sie es für richtig befinden. Durch die lebhafte Beschäftigung des Abg. Scheidemann mit der Friedensfrage fühle ich mich nicht veranlaßt, wiederum eine programmatische Erklärung der Regierung über die Friedensfrage abzugeben. Was soll nach den Erklärungen, die wir jetzt schon so oft abgegeben haben, eine solche Erklärung nützen? Die regelmäßige Folge ist zunächst immer eine Aufregung des Volkes und ein Auseinanderprallen der Anschauungen innerhalb des Deutschen Reiches gewesen. Man sieht ja hier und da etwa, was aussieht wie ein zartes Fünkchen, das die Hoffnung auf bessere Einsicht bei unseren Gegnern aufkommen läßt. (Rufe links: Auch bei uns), aber das ist im allgemeinen so schwach, daß dadurch die Nachteile, die durch solche Erklärungen im Auslande hervorgerufen werden, nicht aufgewogen werden können. Die Nachteile sind, daß die feindlichen Regierungen ihre Völker aufpeitschen, um den Zusammenhalt aufrecht zu erhalten, indem sie unseren Worten, so ehrlich sie auch gemeint sind, eine falsche Deutung geben, dahin, als ob wir nicht vermögen, den Krieg zu einem siegreichen und unserem Verlangen entsprechenden Ende zu bringen. Oder, wenn dieses Mittel nicht zieht, erklärte man unsere Worte für eine Falle, in die die Völker hineingelockt werden sollen, um einen Frieden zu schließen, wie sie ihn eigentlich nicht haben wollen. Das ist nicht gerade ein großes Kompliment für die Völker. Aber daß dieses Mittel bis zu einem gewissen Grade noch immer zieht, haben wir doch erlebt. Darum enthalte ich mich, diese Frage wieder aufzurollen. Aber der Formulierung unserer deutschen Friedensziele, wie sie Herr Scheidemann gegeben hat — Schluß in Ehren und keine Beeinträchtigung Deutschlands bei den Friedensbedingungen —, können wir ohne weiteres zustimmen. Ich glaube, wir sind über diese Formulierung unsererseits schon hinausgegangen. Nach meiner Meinung wird der Friede, so wie die Dinge sich jetzt gestaltet haben, in dem Augenblick kommen, in dem der Kriegswille und der Vernichtungswille unserer Feinde gebrochen sein werden. Wir müssen warten, bis der Zeitpunkt gekommen sein wird, in dem unsere Gegner sich innerlich umgewandelt haben. Zu meinem aufrichtigen Bedauern hat der Abg. Scheidemann ein Bild von der Art und dem

Wesen der Obersten Heeresleitung

gegeben, das nach meiner Ueberzeugung falsch ist und in dieser Weise nicht hätte ausgesprochen werden sollen und dürfen. (Unruhe links.) Ich sage, diese Schilderung ist falsch. Es zeigt auch ein geringes Maß von Dankbarkeit für unsere Oberste Heeresleitung, wenn man in dieser Weise über ihr Wesen und ihre Leistungen spricht. Alle Meinungsverschiedenheiten in Ehren, und auch die Oberste Heeresleitung ist nicht über Kritik erhaben, aber wenn man sie kritisieren will, dann darf man auch nicht vergessen, was sie und das Heer für Deutschland geleistet haben. (Lebh. Beifall rechts). Wenn man dies nicht tut, so verletzt man mit solcher Kritik große Teile des deutschen Volkes. Wir halten es nicht für angebracht, daß der Abg. Scheidemann uns den freundschaftlichen Rat gibt, daß wir uns möglichst bald zurückziehen sollen, wenn es uns nicht gelingt, ein Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung zu schaffen, wie es ihm vorschwebt. Den Rat können Sie uns leicht erteilen. Meinen Sie, einer von uns sitze zum Vergnügen hier auf diesen Stühlen? Sind Sie sich nicht auch darüber klar, daß die Schwierigkeiten, die wir gegenüber unseren Feinden und nach allen Richtungen durchzukämpfen haben, so schwer sind, daß wir oft all unseren Mut zusammenfassen müssen, um all dies zu einem guten Ende zu führen? Ein persönlichen Opfer wäre es für keinen von uns, seinem Rat zu folgen. Handelt es sich denn um unsere Person? Wir sind doch hier dazu da, dem Vaterlande zu dienen in der schwersten Zeit, die es je durchlebt hat. Da halten wir es für unsere Pflicht, auszuharren und nicht auf jeden beliebigen Rat von irgend einer Seite hin die Flinte ins Korn zu werfen. Was würde dabei herauskommen, wenn wir den Rat des Herrn Scheidemann befolgen würden? Dann sähen wir andere kommen, die entweder dieselbe Politik betreiben, die wir getrieben haben — was soll der Wechsel dann nützen? — oder Sie würden vielleicht den Versuch machen, ohne Fühlungnahme mit der Obersten Heeresleitung die äußere und innere Politik zu betreiben. Eine solche Politik müßte im ersten Augenblick scheitern. Was die Politik im Innern anbelangt, so hat Herr Scheidemann behauptet, wir hätten kein rechtes Herz für die Not der breiten Massen. Da tut er uns unrecht. Wir haben in der Tat ein Herz für die Not der breiten Massen, nicht nur für ihre leibliche, — sondern auch für ihre geistige. Wir wissen, daß die Unzufriedenheit und Mißstimmung im Volke nicht allein von der Ernährungsfrage herrührt, sondern auch von der inneren Politik, von der Beschränkung der Bewegungsfreiheit. In anderen Ländern ist es ebenso. Wir müssen aber fragen, ob man all das so behandeln kann, wie es die Herren wünschen, ohne Schaden für das Vaterland und für die Sache. Ich meine in Uebereinstimmung mit Vorgängen in anderen Ländern, daß man das nicht kann. Gewisse Einschränkungen der persönlichen Freiheit muß nun einmal in jedem Krieg sich jeder gefallen lassen. Der Mann draußen an der Front weiß nicht mehr, was persönliche Bewegungsfreiheit ist. Wir hinter der Front müssen uns im Interesse des Ganzen gewisse Beschränkungen auferlegen, denn wir haben doch vor allem miteinander das gemeinsame Ziel im Auge, daß wir den Sieg und den Frieden haben wollen. Wir können aber nicht zum Sieg und Frieden gelangen, wenn man unter Aufhebung des Belagerungszustandes jeden tun läßt, wie er mag und wie er im Frieden tun kann. Der Abg. Scheidemann hat darauf hingewiesen, daß ungeheuer viel auf dem Spiel steht. Das ist sehr richtig. Für uns alle steht ungeheuer viel auf dem Spiel. Deshalb sollten wir es aber auch nicht allzu tragisch nehmen, wenn wir uns vorübergehend gewisse Freiheiten versagen müssen. Wir sind in der inneren Politik bemüht, die Gegensätze wie die Schroffheiten, die durch die Gesetzgebung hervorgerufen werden, zu mildern. Mehr aber können wir im Augenblick nicht tun. Es geht ja schrittweise immer vorwärts. Ich will nicht bestreiten, daß es langsam geht, viel langsamer, als es denen erwünscht ist, die unter den Beschränkungen leiden. Aber es geht vorwärts, und wir kommen allmählich zu Zuständen, die auf diesem Gebiet durchaus als ersprießlich bezeichnet werden können. Was soll bei solchen Reden herauskommen? Eine Förderung unseres Zusammenarbeitens kann dadurch nicht herbeigeführt werden. Wir sollten uns nicht auseinanderreden, sondern wir sollten zusammenarbeiten, bis wir zum Frieden gekommen sind, und bis dahin alles Trennende möglichst beseitigen. Was unsere Absicht ist, kann ich Ihnen mit wenigen Worten sagen: Wir werden, wie wir bisher unseres Weges gegangen sind und versucht haben, es so gut wie möglich zu machen, auch weiterhin unseres Weges gehen, weil wir wissen, daß dieser Weg weder, wie Sie behaupten, zum militärischen Despotismus uns führen wird — noch zum Eroberungsfrieden, den Sie als unser Ziel hinzustellen versucht haben, sondern zu einem Frieden der Verständigung, den wir in der weitaus überwiegenden Mehrheit dieses Hauses und innerhalb der Regierung gemeinsam anstreben. (Beifall.) Wir bitten Sie um Ihren Beistand. Wir werden nicht aufhören, diesen Weg weiter zu gehen, bis wir zum Sieg und zum Frieden gekommen sind. (Beifall.)

Graf Westarp (kons.): Wir führen immer noch einen Verteidigungskrieg. Was uns dem Frieden nähergebracht hat, ist lediglich der militärische Erfolg. Nur die Siege zu Lande und unter der See können es bringen, daß England und die übrige Welt zur Friedensbereitschaft kommen. Die Regierung darf nicht angesehen werden als Vollzugsausschuß des Parlaments und besonders der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Thoma (ntl.): Unsere Feinde wollen keinen Frieden, aus dem Deutschland in Ehren hervorgeht. Was deutsch war, muß deutsch bleiben. Wir wollen verständnisvolles Zusammenarbeiten bis zum Schluß in Ehren.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wer hindert die Auflösung des Abgeordnetenhauses? Wer hält den Belagerungszustand aufrecht? Wer macht den Schutz des Schutzhaftgesetzes illusorisch? Wer hat die Wiederkehr der litauischen Abordnung nach Berlin verboten? Wer hat die Rede Kühlmanns zensiert? Alles die Oberste Heeresleitung! Zur verständnisvollen Zusammenarbeit mit der Regierung ist volle Klarheit in der Friedensfrage notwendig.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Wer hat das Ansiedlungswerk in Kurland kommandiert? Die Oberste Heeresleitung. Das ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Helfen kann ein allgemeiner Massenstreik.

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialdebatte wird der Etat des Reichstages ohne Aussprache bewilligt.

Beim Etat des Reichskanzlers fordert Abg. Te von Laszewski (Pole) Berücksichtigung der Wünsche des polnischen Volkes bei der Neugestaltung Polens. Die Friedenshand drücke, solange sie einen Stahlhandschuh anhabe. Die Aufhebung des Sprachenparagraphen nütze nichts, solange der Belagerungszustand die öffentlichen Verhandlungen verbiete.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes wird der Friedensvertrag mit Rumänien

mitverhandelt.

Abg. Freiherr von Richthofen erstattet den Bericht des Ausschusses und empfiehlt unveränderte Annahme der Vorschläge.

Abg. Graf Praschma (Z.): Die Abrechnung mit den Kriegshetzern können wir jetzt Rumänien selbst überlassen. Für uns muß jetzt die Wahrung des eigenen Interesses maßgebend sein. Rumänien muß unter deutschem wirtschaftlichen und politischen Einfluß bleiben und ein guter Abnehmer unserer Produktion sein. Dem Grafen Czernin wissen wir Dank für seine Amtsführung. Beide Regierungen mögen in Zukunft mit einem festen Programm in Friedensverhandlungen eintreten. In der Dobrudscha muß den Wünschen Bulgariens entsprochen werden. Die deutschen Kolonisten in Bessarabien müssen weitgehende Vorrechte erhalten. Die Frage der rumänischen Dynastie müssen wir lediglich vom praktischen Standpunkt aus betrachten; vielleicht würde ein anderer König auch nicht anders gekonnt haben. Die rumänische Erzeugung allein hat es uns und Oesterreich-Ungarn ermöglicht, im vorigen Jahre durchzuhalten. Auch in diesem Jahr kann großer Vorteil aus Rumänien gezogen werden. Aber auch dort muß die Ernährung rationiert werden. Wir stimmen den Verträgen zu.

Abg. Thoma (natl.) wendet sich scharf gegen die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien und verlangt strengste Sühne.

Abg. Dr. Röficke (k.): Die Verträge stellen keine versteckte Kriegsentschädigung dar, im Gegenteil, Rumänien werden große wirtschaftliche Vorteile eingeräumt.

Ministerialdirektor Dr. Kriege: Beide Forderungen — Sühne und Entschädigung — werden erreicht. Die Entschädigung steht bevor. Bezüglich der Sühne hatte die rumänische Regierung bereits Schritte unternommen, als wir vorstellig wurden. Wie gegen Rumänien, so werden wir gegebenenfalls auch gegen andere feindliche Länder vorgehen, eventl. gegen Frankreich (Beif.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Schluß gegen 8¼ Uhr.

Landtagsverhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

WB. Berlin, 8. Juli.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg und Dr. Drews. Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß ein Antrag der Regierung auf Vertagung des Landtages vom 12. Juli bis 20. September vorliegt. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Nachtrages zur Denkschrift über die Beseitigung der

Kriegsschäden in den vom feindlichen Einfall berührten Landesteilen.

Abg. von Pleßwe (Kons.): Die Provinz Ostpreußen hat den Dank für den Wiederaufbau der Provinz dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie eine große Anzahl Stadtkinder zur Pflege aufgenommen hat. Die Ausgaben der Feststellungskommission sollten nicht mit allzu scharfer Kritik seitens der Behörden aufgenommen werden.

Die Abgg. Graw (Ztr.) und Kanzow (Vpt.) treten für möglichst schnelle Durchführung der Hilfsaktion ein, ebenso Abgeordneter Dr. Rewald (Freik.)

Minister des Innern Dr. Drews: Zunächst möchte ich feststellen, daß aus allen Reden die Anerkennung dafür herausklang, was der preußische Staat in schwerer Zeit für Ostpreußen geleistet hat. Diese Leistungen sind zurückzuführen auf die hingebende Mitarbeit der Bevölkerung Ostpreußens, dann aber auch auf die Mitarbeit, die der Preußische Landtag mit der Regierung bei der Ausarbeitung der Grundzüge geleistet hat, die für die Entschädigungen festgestellt worden sind. Den Wunsch des Hauptausschusses, Mitte August sich von dem Stand der Dinge zu überzeugen, wird die Regierung gern bereit sein, zu erfüllen. Es ist eine Revision der Pauschalsätze in Aussicht genommen. Zur Beseitigung von besonderen Härten ist ein Dispositionsfonds in Aussicht genommen. Die Hauptsache bei der Hilfsaktion bleibt, daß sie unter Fernhaltung eines kleinlichen Geistes in großzügiger Weise durchgeführt wird, und daß der Geist der Ordnung und Sparsamkeit der Organisation dabei herrscht. Das Werk wird ein Ruhmesblatt der preußischen Geschichte bleiben. (Beifall.)

Abg. Dr. Gaigalat (Litauer): Den aus Ostpreußen Verschleppten sollten ihre Unkosten ersetzt werden. Ferner wünscht man in Ostpreußen, daß die Grenzen nach Osten wieder geöffnet werden.

Hierauf wird die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Dr. Heß (Ztr.) über die

Handhabung der Sammlung von getragenen Kleidern.

Abg. Dr. Heß (Ztr.) begründet den Antrag, in dem die Staatsregierung ersucht wird, bei der Reichsbekleidungsstelle dahin zu wirken, 1. daß für die abgelieferten Kleider Preise gezahlt werden, die dem heutigen Werte entsprechen, 2. daß Familien mit mehr als drei Kindern von der Kleiderabgabe befreit werden, 3. daß bei der Ablieferung auch auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse Rücksicht genommen werde, 4. daß außer der Arbeiterbevölkerung auch anderen Bevölkerungskreisen, die sich gleichfalls in schwierigen Verhältnissen befinden, der billige Bezug von Kleidern ermöglicht werden kann.

Abg. Conradt (Kons.): Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß auf dem Wege des Staatskommunismus in derselben Weise fortgeschritten wird, wie es jetzt allen Anschein hat.

Ein Vertreter der Reichsbekleidungsstelle: Die Versorgung der kriegswichtigen Betriebe mit Kleidern ist unbedingt erforderlich, wenn wir die Kriegswirtschaft weiter betreiben wollen. Was die Preise betrifft, so müssen wir so viel zahlen, als abgegebene Kleidungsstücke wirklich wert sind. Bei den Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle handelt es sich nicht um eine Zwangsabgabe, so daß von einer Beschlagnahme oder Enteignung nicht gesprochen werden kann. (Widerspruch links.) Die ganze Aktion ist von vornherein auf freiwillige Abgabe eingerichtet worden. (Erneuter Widerspruch links). Die Kommunalverbände sind angewiesen worden, diejenigen Kreise heranzuziehen, die wirklich leistungsfähig sind. Wenn es überhaupt zu einer Zwangsabgabe kommen sollte, so werden nur diejenigen Kreise herangezogen werden können, bei denen die Entbehrlichkeit der Kleidungsstücke außer Frage steht. Daß bei der Abgabe die Kinderzahl, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Betracht gezogen werden, ist klar. Es sollen auch die Arbeiter sämtlicher Verkehrsbetriebe beliefert werden. Auf die schwierige Lage des Mittelstandes wird Rücksicht genommen werden.

Hierauf vertagt sich das Haus. Weiterberatung Donnerstag 12 Uhr, außerdem 5. Lesung der Wahlrechtsvorlage, Antrag auf Vertagung des Landtages.

Schluß ½7 Uhr.

* * *

WB. Berlin, 8. Juli. Der Aeltestenausschuß des Abgeordnetenhauses trat heute vormittag zu einer Besprechung zusammen. In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird die 5. Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage stattfinden. Von der Regierung liegt ein Vertagungsantrag für die Zeit vom 12. Juli bis zum 20. September vor.

Das Herrenhaus beginnt die Etatsberatung am Dienstag, 9. Juli, nachmittags 1. Uhr.

Deutschland.

• Der Reichsausschuß der Zentrumspartei hielt unter Leitung des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags, Abg. Gröber, am 29. und 30. Juni im Reichstagsgebäude in Berlin eine Sitzung ab. Erschienen waren 45 Mitglieder des Reichsausschusses. Zunächst wurden Justizminister Dr. Spahn und Reichstagspräsident Fehrenbach, die infolge ihres Ausscheidens aus der Zentumsfraktion des Reichstags ihre Mitgliedschaft beim Reichsausschuß verloren hatten, wieder in denselben gewählt. Außerdem sind die Herren Herrenhausmitglied Stegerwald, Generalsekretär des Verbandes christlicher Gewerkschaften, Verleger F. X. Bachem-Köln, Freiherr von Kerkerink zur Borg, Vorsitzender des Verbands christlicher Bauernverein, Reichstagsabgeordneter Schiffer, Vorsitzender des Verbandes

---

Der Schlangenring.

Novelle von M. Hohenhofen.

33) (Nachdruck verboten.)

XVIII.

„Warum Sie hier herauskommen und die steilen Amtsstufen emporsteigen, das läßt sich leicht denken. Sie wollen den Bescheid des Staatsanwalts wissen. Ist es nicht so?"

Die Frage des Kommissars Mertens hatte dem Kriminalbeamten Max Hallein gegolten, der wieder im Amtszimmer erschienen war und nun, während er die Finger zerrte, daß sie in den Gelenken knackten, die Antwort gab:

„Allerdings!"

„Oder haben Sie indessen noch eine weitere Spur gefunden? Vielleicht den Dritten entdeckt, nach dem wir werden suchen müssen, wenn die beiden Wesenkamp, Vater und Sohn, als schuldlos befunden sind?"

„Nein!"

„Glauben Sie wirklich daran? Oder sollen wir doch durch ein meisterhaftes Spiel genarrt worden sein?"

„Das glaube ich nicht. Ich lasse mich nicht täuschen. Ich möchte eher noch sagen, daß ich solange immer etwas wie Unsicherheit gegen unsern Beweis gefühlt habe, solange mir Robert Wesenkamps Geschichte nicht bekannt war. Jetzt erscheint mir das Tun und Verhalten der beiden ganz begreiflich. Aber was hat der Staatsanwalt beschlossen?"

„Das möchte ich auch bald wissen, denn es ist noch kein Bescheid eingetroffen", war die Entgegnung des Kommissars, der nun von seinem Schreibtischstuhle aufgestanden war.

„Meiner Ueberzeugung nach wird er die Freilassung von Heinz Wesenkamp anordnen müssen."

„Hm! Aber dann hat der Staatsanwalt gar nichts mehr in Händen. Wir könnten ihm dafür nicht den geringsten weiteren Verdacht liefern, nicht die unscheinbarste Spur, die auf eine andere Täterschaft weisen würde."

„Das ist mir auch seltsam! Aber selbst wenn ich nochmals in der Villa Steinbrecher zu suchen beginne, so besteht wenig Hoffnung. Es scheint, als sollte die Tat keine Erklärung finden, als sollte sie zu jenen gezählt werden müssen, die nie eine Sühne erlangen."

„Der unbekannte Dritte ist eben zwischen Heinz und Robert Wesenkamp sehr wahrscheinlich durch das Schlafzimmer entwischt", erwiderte der Kommissar.

Unterdessen hatte Max Hallein die Hände auf dem Rücken verschränkt und ging mehrere Male im Zimmer auf und nieder, bis er mit einem Male dicht vor Kommissar Mertens stehen blieb.

„Ich glaube, wir haben die Nachforschungen falsch begonnen. Wir hätten uns nicht durch eine Spur von allem anderen ablenken lassen dürfen. Es ist nichts geraubt worden. Weshalb ist denn dann der Mord verübt worden?"

„Weshalb? Das haben wir immer schon gefragt."

„Aber jetzt gibt es immer noch etwas, was des Nachforschens wert ist."

„Was meinen Sie damit?"

„Wir haben gehört, daß Siegbert Steinbrecher das Vermögen seiner Eltern und auch das seiner ersten Frau Trude verloren hat. Aber er war trotzdem nach dreijähriger Abwesenheit mit scheinbar großem Vermögen wiedergekommen. Sollte vielleicht in diesen drei Jahren die Lösung des Rätsels liegen?"

„Das scheint mehr als Phantasie, als eine Abenteuermöglichkeit, wie solche in Romanen geschildert werden."

„Aber wir konnten in unserem Berufe schon wiederholt erleben, daß gerade die Wirklichkeit oft Fälle gestattet, wie sie abenteuerlich oft nicht von Dichtern ersonnen werden können."

„Schließlich war es nur das Vermögen der zweiten Frau, das der Anlaß zum Mord wurde."

„Natürlich! Das ist die erste Wahrscheinlichkeit. Aber immerhin mag die Lösung in jener Zeit liegen, von der wir über Siegbert Steinbrecher gar nichts wissen."

„Wir werden ja sehen, was der Staatsanwalt berichtet."

Ein Klopfen an der Türe meldete einen Besuch an.

Auf einen Zuruf des Kommissars trat dann Maria Steinbrecher in das Zimmer, die ein schwarzes Trauerkleid trug und tief verschleiert war.

Trotzdem wurde sie von den beiden Kriminalamten sofort erkannt.

Kommissar Mertens bot ihr einen Stuhl an und fragte sie nach den Gründen ihres Kommens.

„Ich weiß, daß Heinz Wesenkamp verhaftet wurde und daß bestimmend dazu, ein Brief war, den ich an ihn geschrieben habe."

„Er war wenigstens von Einfluß. Bestimmend waren mehrere Umstände."

„Ich kenne diese nicht. Aber ich überzeute mich, daß mein Verdacht grundlos war."

„Und wie überzeugten Sie sich?"

„Dadurch, daß ich die Spur eines andern fand, der ebenfalls und sicherlich vor Heinz Wesenkamp im Arbeitszimmer meines Vaters war."

„Oh, das würde interessant sein, wenn wir darüber nicht schon alle Einzelheiten wüßten", entgegnete der Kommissar darauf. Kennen Sie den Namen schon?"

„Ja!"

„Robert Wesenkamp wohl?"

„Nein!"

„Nicht?" Das ganze fassungslose Erstaunen sprach aus diesem einen Wort; und dann folgte die weitere Frage: „Was haben Sie denn gefunden?"

„Als ich an Heinz Wesenkamps Schuld zu zweifeln begann, begann ich selbst zu suchen und machte dabei im Schlafzimmer eine Beobachtung, die mich stutzen mußte. Ich fand die Rückseite eines alten Lederstuhls, den mein Vater nie aus seinem Schlafzimmer hatte bringen lassen an einer Stelle losgerissen; die Nägel, die das Leder strafften, waren dabei entfernt. Das war vorher nicht gewesen, wie ich bestimmt wußte; zufällig konnte dies auch nicht geschehen sein, denn ich hatte mich doch selbst überzeugt, daß diese Nägel sehr fest hielten. Aber bei näherer Untersuchung konnte ich feststellen, daß die Rückseite des alten Lederstuhles einen Hohlraum hatte, der als Versteck zu benutzen war, und in den man an der losgerissenen Stelle hineingreifen konnte."

Da Marie Steinbrecher für einen Augenblick innehielt, so nickte der Kommissar zustimmend:

„Sehr interessant! Aber was mag darin gewesen sein?"

„Das weiß ich nicht. Als ich den Hohlraum untersuchte, war er bereits leer. Deshalb war der Mörder gekommen und das Ausräumen des Verstecks war ihm auch gelungen."

„Damit allein werden wir aber kaum zu einem Ziel gelangen", warf Kommissar Mertens dazwischen, der nun wohl erkannte, welche Bedeutung dieser Entdeckung beizumessen war.

„Gewiß. Aber verheddert in eine Faser oder in ein anderes Hindernis habe ich noch einen Ring von eigenartiger Ausführung vorgefunden, der beim Herausnehmen des Inhalts dieses Verstecks unbemerkt vom Finger abgestreift worden war. Er mochte dem Träger etwas zu groß gewesen sein."

„Haben Sie den Ring mitgebracht?"

„Nein!"

„Aber das wäre doch das allernotwendigste gewesen. Den Ring brauchen wir, wenn wir etwas erreichen sollen."

„Ich habe ihn nicht mehr."

„Wo ist er denn? Sie hätten ihn uns sofort bringen müssen."

„Sein Besitzer hat ihn wieder."

„Was? Sollte er so unvorsichtig gewesen sein, ihn wiederzuverlangen?"

„Daß er ihn nicht in unserer Villa holen würde, sagte ich mir sofort. Aber ich setze voraus, daß er selbst nicht mehr mit Sicherheit wußte, wo er ihn verloren hatte, und ich ließ den Ring als gefunden melden, aber bei einer anderen Adresse und noch an völlig anderem Orte, der von unserem Hause weit entfernt liegt."

„Ausgezeichnet! Ein Kriminalbeamter hätte nicht besser handeln können. Aber der Erfolg?"

(Fortsetzung folgt.)

christlicher Gewerkschaften Deutschlands und Pfarrer Stull, Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses, beigewohnt worden. Sodann sind eine Reihe von Richtlinien für die Parteiarbeit beschlossen worden, deren Fassung durch eine Redaktionskommission noch festgestellt werden soll und die demnächst veröffentlicht werden. Auch über die Organisation der Zentrumspartei wurden Beratungen gepflogen und u. a. beschlossen, ein Zentralbureau der Zentrumspartei in Berlin zu errichten. Ueber die Einzelheiten dieser Einrichtung werden den Zentrumsfraktionen nähere Vorschläge unterbreitet werden.

Zuletzt fand eine eingehende und offene Aussprache über die gegenwärtige politische Lage statt. Die ganzen Verhandlungen waren sichtlich getragen von dem Bestreben gegenseitiger Verständigung. Es ist zu hoffen, daß die Ergebnisse der Beratungen vom besten Erfolge für die Partei begleitet sein werden.

Lokales.

Limburg, 5. Juli.

= Personalien. Herr Regierungs- und Baurat Wilh. Weber, früher hier Vorstand des Kgl. Eisenbahn-Werkstättenamtes b, dann noch Osnabrück versetzt und zuletzt als Offizier an der Westfront im Felde, ist jetzt in die deutsche Kommission zur Regelung des Eisenbahnwesens in der Ukraine berufen worden und dort bereits tätig.

= Da der neue Stern schon etwas lichtschwächer geworden ist, sodaß das Auffinden desselben erschwert wird, ist es manchem willkommen, eine Sternkarte zu besitzen, an Hand deren er sich den neuen Stern aufsuchen kann. Herr Dir. Dr. Archenhold, Herausgeber der Zeitschrift „Das Weltall", in der fortlaufend über den neuen Stern berichtet wird, hat in die ebenfalls im Verlag der Treptow-Sternwarte erschienene neue Sternkarte die Stellung des neuen Sternes eingetragen. Die Karte wird gegen Einsendung von 1,60 Mark portofrei zugesandt.

= Zur Abwehr feindlicher Spionage. Die Gefahr der feindlichen Spionage wird immer noch unterschätzt und oft in ihrer schlau gewählten Maskierung auch nicht erkannt. Darum hat sie leider auch Erfolge erzielt, die bei größerer Vorsicht und Aufmerksamkeit deutscherseits hätten verhindert werden können. Zum Beispiel ist die Korrespondenz der Kriegsgefangenen dem Feinde eine dauernde Quelle der Information. Die Namen der deutschen Kriegsgefangenen mißbrauchend, betreibt der Feind eine ausgedehnte Korrespondenz mit vielen deutschen Adressen. Auch einen Teil des echten Gefangenenbriefwechsels hat er durch Zwang und List seinen Spionagezwecken dienstbar gemacht. Nächst Erlangung von Kenntnis von wichtigen militärischen, industriellen und technischen Einrichtungen in Deutschland ist sein Bestreben auf Verhetzung und Aufreizung des deutschen Volkes gerichtet. Ebenso liegt ihm daran, sich in den Besitz von echten Firmenbogen mit Originalunterschriften und -Stempeln zu setzen zur Herstellung falscher Ausweispapiere für seine Agenten. Es ist daher unbedingt notwendig, daß auf irgendwie verdächtige Gefangenenbriefe keinerlei Antwort erteilt wird und daß die Empfänger solcher Briefe sie sofort dem zuständigen Stellvertretenden Generalkommando übersenden.

= Gerichtsferien. Am 15. Juli beginnen die bis zum 15. September dauernden Gerichtsferien. Das bedeutet nun keineswegs, daß die Rechtsprechung in dieser Zeit vollständig unterbrochen ist. Es gibt besondere Arten von Gerichtssachen, die sogenannten Feriensachen, die überhaupt keinerlei Aufschub erleiden, und das sind zunächst alle Strafsachen. In der Zivilrechtspflege sind kraft Gesetzes alle Wechselsachen und die Meß- und Marktsachen, die den Großverkehr betreffen, an und für sich Feriensachen. Von den Bau- und Mietsklagen sind nur bestimmte Arten Feriensachen. Ohne Unterbrechung durch die Ferien nimmt das Mahnverfahren, die Zwangsvollstreckung sowie das Konkursverfahren seinen Fortgang, auch können die Verfahren in den Ferien eingeleitet werden. Als Feriensachen seien auch noch erwähnt die Streitigkeiten über Störungen des Betriebes elektrischer Anlagen. An Orten, an denen Sondergerichte nicht bestehen, wo die Amtsgerichte zuständig sind, gehören alle aus dem Dienst- und Arbeitsverhältnis herrührenden Streitigkeiten ohne weiteres zu den Feriensachen. Auf den Antrag der Parteien können von den ordentl. Gerichten auch Nichtferiensachen zu Feriensachen gemacht werden. Die dahingehenden Anträge können sowohl vor den Ferien wie auch in den Ferien eingebracht werden; gegen eine Ablehnung hat man den Weg der Beschwerde bei der höheren Instanz.

= Sommerurlaub für Angestellte. Die alte Gepflogenheit, den kaufmännischen Angestellten einen Sommerurlaub zu gewähren, sollte auch in der Kriegszeit beibehalten werden. Mehr wie sonst ist die Tätigkeit der Angestellten in Handel und Industrie, wegen der großen Arbeitsüberlastung, verbunden mit der Verschlechterung der Verpflegungsverhältnisse aufreibend und nervenzerrüttend. Eine zeitweilige Loslösung von allem Geschäftlichen, dazu ein Aufenthalt in gesunder Luft, dürften unzweifelhaft zur körperlichen und geistigen Stärkung der Angestellten beitragen, sodaß nach Beendigung der kurzen Ausspannung mit erhöhter Leistung und doppelter Arbeitsfreudigkeit zu rechnen ist. Da somit die Gewährung eines Erholungsurlaubes nicht nur im Interesse der Angestellten sondern auch der Prinzipale liegt, wendet sich der Verband kathol. kaufmännischer Vereinigungen (Essen-Ruhr) auch im vierten Kriegsjahre an die Letzteren mit der Bitte, den Angestellten eine entsprechende Erholung zu ermöglichen. Es ist zu wünschen, daß diese Anregung des Verbandes eine günstige Aufnahme findet.

= Zur Eierablieferungsfrage. Die Strafkammer des Landgerichts Coblenz hatte in einem Urteil vom 26. März 1918 die wegen Nichtablieferung von Eiern Angeklagten freigesprochen, weil die Verordnung des Kreisausschusses, die die Hühnerhalter zur Abgabe von Eiern verpflichtete, rechtsungültig sei. Die Freisprechung war auf den § 9 Absatz 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. August 1916 gestützt, wonach den Geflügelhaltern gegenüber der Verbrauch an Eiern durch die Kommunalverbände nicht geregelt werden durfte. Auf die von der Kgl. Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil eingelegte Revision hat das Kammergericht am 14. Juni 1918 das Coblenzer Urteil aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen, da der genannte § 9 Absatz 2 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. August 1916 infolge der Bekanntmachung des Reichskanzlers v. 24. April 1917 (R.-G.-Bl. Nr. 374) fortgefallen ist. Die Geflügelhalter können sich daher wie wir s. Zt. schon erklärten, auf das Coblenzer Urteil nicht mehr berufen und ihre Verpflichtung zur Eierabgabe bestreiten.

Provinzielles.

)!(Obererbach, 3. Juli. Landsturmmann Peter Ruster von hier erhielt in der Ukraine das Eiserne Kreuz 2. Klasse, das nunmehr zwei Söhne des Landwirts Jakob Ruster besitzen.

* Weilburg, 4. Juli. Gestern nachmittag wurde bei der Eisenbahnbrücke im Ahäuser Weg eine unbekannte männliche Leiche aus der Lahn geländet, welche schon längere Zeit im Wasser gelegen hat. Die Leiche wurde in die hiesige Friedhofs-Kapelle gebracht.

* Hahnstätten, 4. Juli. Der Sitz der Königl. Oberförsterei Hahnstätten in Diez ist von Diez nach hier verlegt worden. — Unteroffizier Otto Berger von hier wurde im Westen mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

fc. Niederlahnstein, 4. Juli. Für die Lebensmittelverteilung über die besonders von kleinen Leuten und dem Mittelstand Klage geführt wird und verbesserungsbedürftig ist, wurde in der letzten Stadtverordneten-Versammlung eine völlig neutrale Kommission gebildet, der die Ueberwachung der Lebensmittel obliegt. Je ein Arbeiter der größten hiesigen Werke sowie ein Angestellter der Eisenbahn sollen dieser Kommission angehören. Als Vertreter der Bürgerschaft wurden die Stadtverordneten Elbert und Wirth in die Kommission gewählt. An der Spitze der Lebensmittelverteilung wurde ein tüchtiger Kaufmann, Herr Vorberg in Vorschlag gebracht und gewählt.

Vom Rhein, 4. Juli. Dem Oberbahnassistenten Dienst in Linz (Rhein) wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

fc. Schierstein, 4. Juli. Hrer Lehrer Menges von hier sah am 1. Juli auf eine 50jähr. Dienstzeit zurück. Ueber ein Jahrzehnt wirkte der Jubilar in vier Orten des Oberwesterwaldes und des Oberlahnkreises, nahezu 3 Jahrzehnte in einer Landgemeinde des Unterwesterwaldes und seit 1. Juli 1908 steht er im Dienste der hiesigen Schule. Lehrer Menges steht im 70. Lebensjahr.

* Wiesbaden, 4. Juli. Dem Ober-Regierungsrat Dr. v. Gizycki ist anläßlich seines Uebertritts in den Ruhestand der Rote Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub verliehen worden. — Beim Transport einer Probe schlug im Artillerie-Depot in Mainz dem verheirateten 53jährigen Arbeiter Peter Lasker aus Wiesbaden die Deichsel gegen den Leib und verursachte schwere innere Verletzungen. Er wurde ins städtische Krankenhaus gebracht, wo er infolge der Verletzungen einige Stunden später starb.

ht. Höchst, 4. Juli. Die Ludendorff-Spende erbrachte hier 65 000 Mark. Dazu kommen noch die Gabe von einer Million Mark von den Farbwerken und eine bedeutende Spende der hiesigen Zweigstelle der Mitteldeutschen Kreditbank.

ht. Neuhof i. T., 4. Juli. Ein Militärkommando fand bei Haussuchungen nach versteckten Korn im Hause des Bürgermeisters 17 Säcke mit Brotgetreide.

ht. Frankfurt, 4. Juli. Der gestrige Pferdemarkt am Ostbahnhof wies einen Auftrieb von 416 Pferden auf, die bei reger Kauflust rasch verkauft waren. In der Hauptsache waren Landwirte die Käufer. Die Preise bewegten sich wie schon bei den früheren Märkten abermals in schwindelnder Höhe; namentlich wurden für schwere Arbeitspferde erster Güte fast unglaubliche Preise — bis zu 15 000 Mark — angelegt. Aber auch leichtere Tiere erzielten hohe Preise.

ht. Frankfurt, 3. Juli. Frankfurts bekannteste und wohl von jedem Fremden besuchte Aepfelweinwirtschaft von Karl Heyland (der „Heyland) hat sein Besitztum an Rittmeister von Brüning verkauft. Ueber die Baupläne des neuen Besitzers ist nichts bekannt.

ht. Fulda, 4. Juli. Im Fuldatal hat man allgemein am Dienstag mit dem Kornschnitt begonnen. Nach der Ansicht von Fachleuten ist durchweg mit einer guten Mittelernte zu rechnen, stellenweise sogar mit einer guten Ernte.

* Kassel, 4. Juli. Beim Baden in der Fulda ertrank der 12jährige Schüler Fritz Richter.

Gerichtliches.

Der Kühlmann-Prozeß.

In Berliner Blätter lesen wir: Der zu Donnerstag angesetzte Termin zur Hauptverhandlung in dem Prozesse wegen Beleidigung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Dr. v. Kühlmann wird nicht, wie vielfach vermutet wurde, in den Räumen eines der Schwurgerichtssäle, sondern in dem kleinen Verhandlungszimmer der 7. Straf-Kammer stattfinden. Dieser bietet nur Raum für höchstens 20 Zuhörer. Karten zum Zuhörerraum werden nicht ausgegeben. Die Anklage richtet sich gegen den verantwortlichen Redakteur der Deutschen Zeitung, Dr. Max Lohan und den Redakteur der Alldeutschen Blätter, Dr. Duncke. Die Vorgeschichte ist unseren Lesern bekannt. Die Angeklagten haben erklärt, daß sie nach der ganzen Persönlichkeit des Verfassers der Artikel an die Wahrheit der behaupteten Tatsachen haben glauben müssen. Ueber die Stichhaltigkeit dieser Behauptungen wird ein eingehender Zeugenbeweis erhoben werden. Die Verhandlungen leitet Landgerichtsdirektor Westermann, die Anklage wird Staatsanwalt Heintzmann vertreten, die Verteidigung liegt in den Händen der R.-A. Dr. Schindt und Jacobson (Hamburg). Es wird mit einer Verhandlungsdauer von drei Tagen gerechnet.

Vermischtes.

ht. Dieburg, 4. Juli. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde einer jungen Schaffnerin aus Darmstadt ein Bein abgefahren. Die Unglückliche erlag im Krankenhause ihren Verletzungen.

Was kommt, wird geraucht.

Ein Herr in Neustadt (Schleswig) empfing von seiner in Hamburg wohnenden Tochter mit der Post ein Paket, das anscheinend Tabak enthielt. Er stopfte sich davon eine Pfeife; wenn es auch nicht sehr schön schmeckte, so ließ es sich doch rauchen. Er bedankte sich später bei der Tochter für den Tabak; zu seiner Verwunderung antwortete diese, daß sie ihm keinen Tabak geschickt habe, sondern — gedörrten Rotkohl; der sollte gegessen, aber nicht geraucht werden.

Großvater Hindenburg.

Die Geburt eines gesunden, in Lüneburg zur Welt gekommenen Töchterchens zeigen „in dankbarer Freude" an: „Christian v. Pentz, Rittmeister und Adjutant, und Annemarie v. Pentz, geborene v. Hindenburg". — Rittmeister v. Pentz, damals Oberleutnant im Dragoner-Regiment Nr. 16, dessen Garnison Lüneburg ist, vermählte sich am 21. November 1912 zu Hannover mit dem am 19. November 1891 zu Berlin geborenen Fräulein Annemarie v. Beneckendorff und v. Hindenburg, der jüngeren der beiden Töchter des Feldmarschalls.

Die Memoiren eines Lotteriespielers.

Sein 50jähriges Jubiläum als Spieler in der Preußischen Klassenlotterie beging am 1. Juli ds. Js. ein Groß-Berliner Bürger. Aus diesem Anlaß schreibt der betreffende Herr dem „Steglitzer Anzeiger" folgendes: Im Sommer 1868 begann ich zu spielen und spiele noch heute, ohne daß je eine Unterbrechung stattgefunden hat. Zuerst legte ich 1 ℳ für jede Klasse an, schließlich steigerte es sich auf 10 ℳ. In den 50 Jahren betrugen die Lotterieausgaben 2654 ℳ und 68 Pfg., die Lotterieeinnahmen 1802,98 ℳ. Der Verlust beträgt also 852,70 Mark, d. h. im Jahresdurchschnitt 17,03 ℳ. Gezogen wurden meine Nummern 69 Mal. Nämlich mit 3000 Mark zweimal, 1000 ℳ einmal, 500 ℳ viermal, 300 ℳ sechsmal, 100 ℳ viermal. Mit dem Einsatz in der letzten Klasse kam ich neunundneunzigmal und mit einem Freilos in den Zwischenklassen vierzehnmal heraus. Reich hat mich also das Spielen nicht gemacht, aber ebensowenig arm. Es war eine stets hoffnungsreiche Zeit." Diese Bilanz dürfte in ihrer Art einzig dastehen.

Die „Mehlsackmode".

Ueber die neueste Mode wird aus Budapest berichtet: Man ist jetzt darauf gekommen, daß die Mehlsäcke unter der Hand von Damen zusammengekauft, gefärbt und sodann zu Sommertoiletten verarbeitet werden. Angesichts dessen hat nun die Landessäcke-Kommission an sämtliche Blaufärber und Schneider ein Rundschreiben gerichtet, wonach auf die Verarbeitung von Säcken zu Kleidern Freiheitsstrafen von drei Monaten und Geldbußen von 600 Kronen gesetzt werden. Jeder, der das Färben von Säckestoffen übernimmt, macht sich einer Uebertretung schuldig, und, wo Säckestoffe vorhanden sind, müssen sie bei der Landessäcke-Kommission zur Anmeldung gebracht werden.

Neue Triumphe amerikanischer Kultur!

Auf welch geschmackvolle Weise man in den Vereinigten Staaten Geld für das Rote Kreuz sammelt, zeigt ein Bericht der „Daily News" vom 17. Juni: Das Blatt erfährt aus Newyork, daß man dort den Sarg Kaiser Wilhelms aufgestellt hat, in den jeder, der einen Dollar spendet, einen Nagel eintreiben darf und außerdem ein Abzeichen erhält. Einen Riesenerfolg soll auch die Versteigerung des Goldpokals gehabt haben, den seinerzeit Marshall vom Kaiser als Regattapreis erhalten hat, und der unter der Bedingung versteigert wurde, eingeschmolzen zu werden. — Die Festlandsausgabe der „Daily Mail" vom 18. Juni bringt unter der Ueberschrift Freudenfeuer aus Hunnenbüchern" die Nachricht, daß die Schüler der Schulen von Garret (Ind.) in den vereinigten Staaten anläßlich des Fallenlassens des deutschen Unterrichts einen Umzug veranstalteten, an dessen Ende tausend deutsche Schulbücher zu einem Freudenfeuer verbrannt wurden.

Letzte Nachrichten.

Neue Tauchboot-Resultate:

15 500 Br.-R.-T.

WB. Berlin, 4. Juli. (Amtlich.) Unsere U-Boote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatze neuerdings 15 500 Br.-Reg.-To. feindlichen Handelsschiffsraumes vernichtet.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Wahlreform-Vorlage.

(5. Lesung.)

Berlin, 4. Juli. Das Gesetz über die Wahlen zum preuß. Abgeordnetenhause, das Gesetz über das Herrenhaus und das Verfassungsgesetz werden in einfacher Abstimmung mit den Stimmen der Rechten, der Mehrheit des Zentrums und eines Teiles der Nationalliberalen angenommen und darauf in der Gesamtabstimmung das ganze Gesetz. (Frankf. Ztg.)

Der Kühlmann-Prozeß.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

WB. Berlin, 4. Juli. Heute vormittag begann vor der 7. Strafkammer in Moabit der Prozeß des Staatssekretärs v. Kühlmann gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung" Dr. Max Lohan und den Redakteur der „Alldeutschen Blätter" Dr. Julius Duncke. Als Zeugen erschienen Justizrat Rechtsanwalt Claas aus Mainz, Generaldirektor Rudolf Roellenburg, Direktor der Deutschen Bank v. Strauß, Kommerzienrat Friedrichs aus Potsdam, Direktor Gg. Salmsen, Major v. Keßler, Direktor im Auswärtigen Amt Wirkl. Geheimrat Kriege, Reichstagsabg. Major Graf Praschma, Staatssekretär v. Kühlmann, Legationssekretär Frhr. v. Gebsattel, Leutnant Atzheim, Legationssekretär v. Hoesch, Vizekanzler v. Payer, Legationssekretär Rittmeister Horstmann und die Chauffeure Knorr, Rademacher und Wiese. Der Gesandte von Rosenberg trifft erst am Nachmittag in Berlin ein.

Da die Angeklagten es ablehnen, die Angelegenheit durch eine loyale Ehrenerklärung aus der Welt zu schaffen wird in die Verhandlung eingetreten.

Darauf beantragt der Staatsanwalt den Ausschluß der Oeffentlichkeit und Beschlußfassung hierüber in nichtöffentlicher Sitzung.

Verteidiger Dr. Schwindt widerspricht dem und erklärt, beide Teile hätten ein Interesse daran, daß die Sache in voller Oeffentlichkeit verhandelt werde. Verteidiger Dr. Jacobson, Hamburg, schließt sich seinem Vorredner an.

Das Gericht zieht sich hierauf zur Beschlußfassung zurück. Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß: Die Oeffentlichkeit wird während der ganzen Dauer der Verhandlungen ausgeschlossen, weil sie eine Gefährdung der Staatssicherung besorgen läßt. Die Anwesenheit soll nur den oder dem Beauftragten des Reichskanzlers gestattet werden. Als Vertreter des Reichskanzlers wird nur Geh. Reg.-Rat v. Schlieben zugelassen. Darauf verließen die Zuhörer den Saal.

Von Seiten der Angeklagten wurde ein zwei umfangreiche Schriftsätze umfassender Beweisantrag gestellt. Das Gericht beschloß deshalb, die Verhandlung zu vertagen und zu dem neuen anzuberaumenden Verhandlungstermin außer den zu heute geladenen Personen eine Reihe weiterer Zeugen zu laden. Der ebenfalls als Zeuge neugenannte frühere rumänische Ministerpräsident Carp dürfte kommissarisch vernommen werden.

Ein ukrainisches Entschädigungsgesetz.

Berlin, 3. Juli. Die ukrainische Zeitung „Wiedergeburt" vom 29. 6. schreibt: Der ukrain. Ministerrat setzte einen Ausschuß aus Vertretern des Justiz-, Innen- und Ackerbau-Ministeriums und der Staatskanzlei ein zur Ausarbeitung eines Gesetzes über die Entschädigung Angehöriger der Zentralmächte.

Der neue Sultan.

Berlin, 4. Juli. Seit Sultan Achmed I., der von 1613—1617 regierte, steht die Thronfolge im osmanischen Reiche dem ältesten Prinzen der Familie Osman zu. (Seniorat.) Diese Bestimmung ist auch in die gegenwärtige Staatsverfassung der Türkei aufgenommen worden. Zufolge dieser Bestimmung wurde der Prinz Wahid Eddin Thronfolger. Er ist der jüngste Bruder des jetzt verstorbenen Sultans und steht im 58. Lebensjahre. Der neue Sultan lebte bis vor dem Kriege zurückgezogen. Als Kaiser Wilhelm den Sultan im Oktober 1917 in Konstantinopel besuchte, lud er den damaligen Thronfolger zu einem Besuche in das Hauptquartier ein. Ende 1917 leistete der Thronfolger dieser Einladung Folge. Er unternahm mehrere Besuche an der Front und hielt sich 10 Tage inkognito in Berlin auf.

Die deutsche Botschaft in Rom geplündert.

Bern, 4. Juli. Nach einer Reutermeldung aus Rom hat der Pöbel am Tage der Feier des Pfingstsieges die deutsche Botschaft in Rom geplündert, die Bildnisse des deutschen Kaisers entwendet und auf die Straße getragen.

Wie man im deutschen Hauptquartier denkt!

Köln, 4. Juli. Die „Köln. Ztg." meldet von der Schweizer Grenze: In den „Basler Nachr." folgerte Oberst Egli auf Grund von Mitteilungen, die ihm im deutschen Hauptquartier gemacht worden sind: „Die Herren, mit denen ich über den Fortgang des Krieges zu sprechen Gelegenheit hatt, sind alle der Ueberzeugung, daß es noch einer Anzahl kräftiger Schläge bedarf, um eine Entscheidung herbeizuführen. Es wird unter keinen Umständen etwas überstürzt, so daß noch Monate vergehen können, bis die volle Wirkung der deutschen Offensive eintritt. Aus diesem Gespräch habe ich den Eindruck erhalten, daß von deutscher Seite kein neues Friedensangebot mehr erfolgen wird. Eines ist sicher, der Beginn der Verhandlungen wird weder die deutschen Operationen an der Westfront noch den Unterseekrieg unterbrechen. Die Erfahrungen, die man in Brest-Litowsk gemacht hat, waren derart, daß ein Waffenstillstand ausgeschlossen erscheint, so lange noch die Möglichkeit vorhanden ist, daß die Beratungen nicht zu einem endgültigen Frieden führen. Auch die als Diktatur verschrieene Oberste Heeresleitung wird sogleich mit Freuden eine dargebotene Hand begrüßen, die einen Frieden bringt, der einer freien Entwicklung des Deutschen Reiches nicht hinderlich ist."

Das Ergebnis der holländischen Wahlen.

Die Katholiken die stärkste Partei.

Amsterdam, 4. Juli. Heute nacht um ½5 Uhr waren 1 170 000 Stimmen gezählt. Der sogenannte Teiler wird vermutlich 12 500 sein.

Dann sind gewählt: 6 Unionliberale, 3 Freiliberale, 5 Freisinnig-Demokraten, 3 sozialdemokratische Partei, 22 sozialdemokratische Arbeiterpartei, 3 Oekonomischer Bund, 1 Mittelstandspartei, 6 Christlich-Historische, 12 Antirevolutionäre u. 31 Katholiken. Mit der größten Wahrscheinlichkeit kann jetzt schon gesagt werden, daß die neue Kammer eine Mehrheit der Rechten haben wird. Ein neues christlich-konservatives Ministerium wird die Folge sein. Es wäre allerdings auch möglich, daß ein aus allen Parteien bestehendes nationales Ministerium zustande kommt. Die stolze liberale Linke ist jämmerlich zusammengebrochen. Die Unionliberalen, die Partei der Antiklerikalen, die eine ungeheuere Reklame gemacht hatten, verlieren ungefähr 14 Sitze und sind mit ihren vermutlich 6 Mitglieder zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Die Drangsalierung Hollands.

Haag, 4. Juli. Wie das Korrespondenzbureau erfährt, ist die Ausreise des Geleitzuges vorläufig wieder aufgeschoben worden, da in elfter Stunde sich neue Schwierigkeiten ergaben, über die jetzt Besprechungen geführt werden.

Der Seekrieg.

Genf, 3. Juli. Telegraphen-Union. Aus den hier eingetroffenen französischen Zeitungen geht hervor, daß der französ. Hilfskreuzer Corse in der Nacht vom 24. Januar 1918 torpediert worden ist. Von diesem Verlust war bisher amtlich nichts verlautbart worden. Vielleicht hätte das französische Volk auch heute noch nichts von der Torpedierung des Hilfskreuzers gehört, wenn sich nicht das Kriegsgericht in Toulon mit der Angelegenheit befaßt hätte.

Amsterdam, 4. Juli. Reuter meldet: Im Juni wurden im Vereinigten Königreich 134 159 To. Handelsschiffsraum neugebaut.

Zum Besten der Ludendorff-Spende.

Der Großherzog von Hessen überwies einen Betrag von 50 000 Mark.

In nachahmenswerter Weise haben die Arbeiter der Eisen- und Metallgießerei Jakob Ruppel in Ludwigshafen a. Rh. eine der jetzigen ernsten Zeit würdige Gesinnung bewiesen. Sie haben beschlossen, an einem Sonnabend nicht wie üblich bis 2 Uhr, sondern bis 6 Uhr zu arbeiten und den Lohn für diese 4 Stunden mit ungefähr 700 Mark, sowie einen Zuschuß der Firma, den diese außer ihrem bereits gezeichneten Beitrag zugibt, an die Sammelstelle der Ludendorff-Spende abzuführen. Auf solche hochsinnige Art könnten der Spende noch viele Beträge gewonnen werden.

Ukrainisches Getreide für Oesterreich.

Aus Wien wird dem „Berl. Tagebl." gemeldet: Nach einer Meldung aus Kiew werden gegenwärtig im Hafen Melitopol am Schwarzen Meer 8000 Tonnen Getreide für Oesterreich, in erster Linie für Wien, verladen.

Nachspiel zu den französischen Niederlagen.

Genf, 4. Juli. Ein aufsehenerregendes Nachspiel zu den französischen Niederlagen scheint sich in Frankreich vorzubereiten, nämlich ein Prozeß gegen die angeblich schuldigen Generäle und Offiziere. Es scheint sich um einen Vorstoß gegen die französische Heeresleitung selbst zu handeln.

Freilassung Kamenews.

Zürich, 4. Juli. Havas meldet aus Moskau: Der finnische Senat sprach sich für die unverzügliche Freilassung Kamenews und Kowankows aus.

Israelitischer Gottesdienst.

Freitagabend 8 Uhr 30 Min., Samstagmorgen 8 Uhr 30 Min., Samstagnachmittag 3 Uhr 30 Min., Sabbat-Ausgang 10 Uhr 35 Min.

Verantwortl. für die Anzeigen: J. O. Ober, Limburg.

Unpolitische Zeitläufe.

(Nachdruck verboten.) Berlin, 4. Juli.

Eine Dame ohne Strümpfe wurde neulich in einer Straße zu Berlin gesehen und angestaunt. Die ausgesparten Strümpfe kamen sogar in die Zeitung. Da sieht man wieder, wie fest wir in den Ketten der Gewohnheiten stecken. Ob Krieg ist oder nicht, ob Mangel an Kleidungszeug herrscht oder Ueberfluß, der Durchschnittsbürger erwartet doch, daß jedermann die üblichen Handschuhe an den Füßen trage. Wenn unter der patriotischen Trompete gesammelt wird für die Bekleidung der nackten Kriegsarbeiter, und wenn strenge Bezugsscheinbeamte mit flammender Feder jedem Kleiderluxus wehren, dann sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß niemand sich mehr Kleidungsstücke an den Leib hängt, als unbedingt notwendig sind. Sparsamkeit ist die erste Bürgerpflicht, — Sparsamkeit in der Umhüllung wie in der Füllung des Körpers. Warum soll man in der warmen Jahreszeit nicht das Strumpfzeug sparen?

Ich kenne Leute, die sogar im Winter ohne Strümpfe in die Schuhe fahren, der Abhärtung halber und zur vermeintlichen Pflege der Gesundheit. Für meine alten Füße nehme ich lieber wollene Socken; aber ich wundere mich garnicht, wenn heißblütigere Leute auf die Einwicklung der Füße verzichten. Sehe jeder, wie er sich kleide, wenn er nur im Rahmen der guten Sitte bleibt.

Ist denn die Strumpflosigkeit unsittlich? Ich glaube nicht, denn in der Hl. Schrift lesen wir, daß die heiligsten Personen, die auf der Erde gewandelt sind, mit bloßen Füßen einhergingen, indem nur Sandalen die Fußsohle gegen den steinigen Boden schützten. Daher wurden bei der Einkehr dem Wanderer die bestaubten Füße gewaschen. Dieses alte ehrwürdige Verfahren war auch vom Reinlichkeitsstandpunkte entschieden vorzuziehen gegenüber unserem Brauch, die Strümpfe recht lange zu tragen und die Füße recht selten zu waschen, obschon die Füße auch in den Strümpfen schmutzig werden. „Aber es ist doch nicht schicklich für Damen", sagt vielleicht der Empfindsame. Nun, wenn es schicklich ist, daß die Damen im Sommer den Unterarm ganz bloß tragen und den Oberarm mit einem Spinngewebe nicht verhüllen sondern schmücken, dann wird es auch wohl ohne Einwicklung des Fußes gehen. Um so mehr, als ja die zarten Strümpfe der „eleganten Weiblichkeit" meistens auch keine rechte Hülle, sondern nur durchsichtiges Blendwerk sind.

Wer aber gar zu ängstlich ist, dem sei ein guter Kunstgriff empfohlen: Vom alten Strumpf schneidet man das verschlissene Fußstück ab und zieht den besser erhaltenen Oberteil so an, daß er als Strumpf über dem Stiefelchen sichtbar wird. Dann wird kein Aufsehen erregt, und dabei hält der Strumpfvorrat recht lange.

Strümpfe und besonders Handschuhe gehören zu den entbehrlichsten Kleinigkeiten der Tracht. Wenn darüber so viele Worte u. Sorgen auftauchen, so ist das ein Beweis für die unheimliche Macht der Mode. Deren ungeschriebene Paragraphen beherrschen unser Denken, unser Gefühl und unser Handeln in strengerer Weise als die gedruckten Gebote und Verbote der heutigen Autoritäten. In allen anderen Dingen haben wir einen ausgeprägten Sinn für die Zweckmäßigkeit und passen uns den Forderungen der Lage an; aber in Sachen der Kleidung sind wir nach wie vor Sklaven der Mode.

Eher lassen wir uns einen Eingriff in den Küchenschrank gefallen als einen Eingriff in den Kleiderschrank. Das erfährt auch die Reichsbekleidungsstelle in ihrem Versuch eine gedeihliche Ordnung in ide Ausnutzung der vorhandenen Kleidungsstoffe zu bringen. Die ausgeklügelten Verordnungen finden wenig Verständnis u. noch weniger Unterstützung beim Volk. Die freiwillige Abgabe von entbehrlichen Anzügen ist warm empfohlen worden; aber es flutscht nicht. Auch die lockende Verheißung, daß der Spender eines alten Anzugs bei der künftigen Zwangseintreibung verschont bleiben solle, übt nicht die erwartete Zugkraft aus. Wenn der Mann schließlich bereit ist, einen Anzug der letzten Garnitur auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, so sagt die fürsorgliche Frau: „Halt, den Anzug kannst du selber noch notwendig haben, wenn dein besseres Zeug verschlissen ist; denn auf Bezugsscheine für neue Sachen verlasse ich mich nicht mehr, seitdem sie auf dieser Amtsstelle mich verhört haben wie eine Verbrecherin und abgewiesen haben wie eine zeitgewidrige Bettlerin. Und was für dich zum Oberzeug nicht mehr taugt, das nutze ich aus für die Kinder oder für Unterzeug im Winter."

Was kann die amtliche Politik machen gegen solche Familienpolitik? Ich freue mich, daß ich nicht in den Aemtern sitze, wo man die Verantwortlichkeit hat für all' die Höchstpreisverordnungen, Kleidererlasse usw., bei denen so viel Verwirrung und Mißstimmung herauskommt. Was der Höchstpreis schützen soll, das verschwindet, und was die Bekleidungsräte hervorlocken wollen, das wird krampfhaft festgehalten.

Die Kritiker sagen: Eure Höchstpreise sind zu niedrig, so daß die Erzeuger sich lieber dem Schleichhandel zuwenden, und ebenso sind die Preise, die ihr für abgelieferte Goldsachen oder Kleidungsstücke zahlen wollt, auch zu niedrig, so daß das Publikum lieber festhält, was es hat. Darin steckt etwas Wahres, aber das Bessermachen ist sehr schwer. Wenn die Höchstpreise hinaufgesetzt werden, so kommt vielleicht mehr Gemüse, Obst oder sonstige Eßwaren auf den öffentlichen Markt, doch wird dann wieder über die allgemeine Belastung geklagt werden. Einen Versuch in dieser Richtung könnte man immerhin einmal machen; denn allmählich haben wir uns an die Teuerung gewöhnt und der Verdienst in den arbeitenden Klassen ist bedeutend gestiegen, so daß sich immer mehr die Stimmung durchsetzt: Lieber hohe Preise zahlen, als nichts bekommen! Noch leichter könnte das Reich riskieren, die Sachen, die es ankaufen will, etwas besser zu bezahlen. Wenn mit hunderten von Milliarden gewirtschaftet wird, kann es auf einige Dutzend von Millionen auch nicht mehr ankommen. Jedes Anwachsen des Goldvorrats der Reichsbank bringt für die Volkswirtschaft gewaltige Vorteile. Um die zu sichern, kann man ruhig den Einliefernern von Goldsachen über den Metallwert hinaus einen kleinen Zuschlag zahlen für den Verzicht auf die Fassung, oder ihnen umsonst ein Ersatzstück geben, das sie je nach der Größe ihres Eingebrachten sich aus etlichen Klassen von hübschen Glückenbüßern aussuchen könnten. Ebenso würde die Ablieferung von alten Kleidern besser in Fluß kommen, wenn man weitherzig schätzt und jeden alten Stoff, der überhaupt noch brauchbar ist zur Anfertigung von Kleidungsstücken, mit einem lockenden Preis beehrte. Dazu wäre noch zu erwägen, ob man die alten Sachen nicht abholen lassen kann. Es steckt noch vieles in den Kleiderschränken und Rumpelkammern, was für die Besitzer keinen rechten Wert mehr hat. Aber es ist nicht jedermanns Sache, mit einem Bündel voll alter Sachen nach der Amtsstelle zu laufen und dort die langwierige und peinliche Musterung abzuwarten. Früher kam ein geschmeidiger Mensch in die Wohnung und fragte ob alte Sachchen zu verkaufen wären. Da war die Geschichte in kurzer Zeit unter vier Augen abgemacht. Für dieses Verfahren müßte ein Ersatz gesucht werden. Es geht ohne Zwang, wenn es nur den Leuten recht bequem gemacht wird und eine angemessene Vergütung ohne weiteres eingesteckt werden kann.

Eigentlich sind das recht kleine Sorgen und Lasten im Vergleich zu den großen Aufgaben und gewaltigen Bedrängnissen, die uns der Weltkrieg auferlegt. Doch manchmal sind die kleinen Dornen lästiger, als die großen Spieße. Wir müssen uns auch mit den alltäglichen Schwierigkeiten abfinden, wenn wir zum weltgeschichtlichen Endsieg gelangen wollen. Dazu gehört Verständnis und Geduld auf beiden Seiten — bei den Behörden wie beim Publikum. Beide Teile müssen immer noch zulernen, auch am Schlusse des vierten Kriegsjahres noch!

Jesus, Maria, Josef!

Hier ruh' ich in Gottes Garten
Und tue auf meine Lieben warten;
O liebe Eltern und Geschwister mein
Ich kehre nicht mehr zu Euch heim.
Der letzte Gedanke, der letzte Blick,
Er eilte noch zu Euch zurück;
Als ich starb in Feindesland,
Reichte niemand mir die Hand.
Doch ehe mein Auge gebrochen,
Sah ich den Himmel offen;
Tröste Du, o Herr, meine Lieben
Und schenke mir den ewigen Frieden!

Unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter Sohn und guter Bruder, der Grenadier

Josef Jenck

im Res.-Inf.-Regt. 111, 6. Komp., 2. Batl.

noch 20monatlicher treuer Pflichterfüllung im jugendlichen Alter von 21 Jahren an seiner Verwundung (Bauchschuß), nach 12tägigem schweren Leiden im Feldlazarett gestorben ist.

Die tiefbetrübten Eltern Georg Jenck und
Frau Klara Jenck geb. Schmidt,
Geschwister, Großmutter und Anverwandte.

Lahr, Fussingen, Steinbach, Oberhausen, den 4. Juli 1918. (5548

Das Seelenamt fand am Dienstag, den 2. Juli, morgens 6½ Uhr in der Pfarrkirche zu Lahr statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher, wohltuender Teilnahme bei dem uns so schwer betroffenen Verluste unseres nun in Gott ruhenden, lieben, unvergeßlichen einzigen Sohnes und Bruders

Josef Franz

sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Insbesondere danken wir für die vielen Kranzspenden, gestifteten hl. Messen und seinen lieben Kameraden und Mitarbeitern für die zahlreiche Beteiligung.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Franz Warmbrunn.

Limburg, den 4. Juli 1918. (5448

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Krankheit und beim Hinscheiden meiner nun in Gott ruhenden lieben, unvergeßlichen Gattin, unsrer lieben, guten Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau —

Anna Maria Weber

geb. Arnold

sagen wir allen herzlichen Dank.

Besonderen Dank für die schönen Kranzspenden und gestifteten hl. Messen. 5433

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Josef Weber, Maurermeister und Kinder.

Eschhofen, den 4. Juli 1918.

Adolf Maibach
Maria Maibach
geb. Fassbender 5502
Kriegsgetraut
Limburg, den 5. Juli 1918.

Zahn-Operationen

schmerzloses Plombieren, künstlicher Zahnersatz in Kautschuk (reine Friedensware), **Kronen-Brücken und Stiftzähne in Gold und Edelmetall.**

Schonendste Behandlung,
daher ängstlichen wie nervösen Personen speziell zu empfehlen

Sprechstunden:
An Wochentagen von 12—7½ Uhr.
an Sonn- und Feiertagen von 8—4 Uhr.
Telefon 261.

Zahnpraxis,
Viganos Nachfolger
W. Podlaszewski, Dentist
Limburg, Obere Schiede 10, I. 2304
Vorherige Anmeldung erwünscht.

Apollo-Theater

Samstag, den 6. Juli von 7 Uhr, 602
Sonntag, den 7. Juli von 3 Uhr,
Montag, den 8. Juli von 7 Uhr:

Genie u. Liebe

Ein Drama aus dem Künstlerleben in 4 Teilen von Max Tungk mit **Alwin Neuß.**

EINLAGE

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt

Damenrad
mit guter Bereifung zu kaufen gesucht. 5523
Zu erfragen in der Exp.

Gut erhaltenes Fahrrad
zu verkaufen. 5512
Eltz, Oberdorfstraße 25.

Gut erhaltenes **Klavier** zu kaufen gesucht. 5509
Zu erfr. Exp. d. Bl.

Eine Fuhrrolle
ein- u. zweispännig zu fahren, Tragfähigkeit mindestens 40 Zentner, zu kaufen gesucht.
H. Stillger, Niederbrechen, Schulstraße 13. 5485

Kaufe ausgekämmte
Haare
zu den höchsten Preisen.
Wilh. Hentrich, Frickhofen. 5536

Dauerwäsche,
Ia. Qualität.
F. Pietzsch, Erfurt,
5540 Albrechtstraße 67.

Trächtige
Fahrkuh
von zwei die Wahl, zu verkaufen. 5537
Keuler, Erfurt

Ein hochtragendes
Mutterschwein
zu verkaufen. 5531
Untere Grabenstraße 17.

5—7 Monate altes, reinrassiges **Westerwälder**
Bullenkalb,
mögl. von Herdbuchtieren abstammend, zu kaufen gesucht.
Angeb. mit Alters- u. Preisangabe erbittet an 5533
Gustav Schneider,
Hof Dapprich [Krs. Westerld.]

Eine Glucke
mit 8—12 Küken [naß. Leghuhn] zu verkaufen. 5487
Näh in der Exp.

Saub. Monatsmädchen oder. Monatsfrau
für einige Stunden für sofort gesucht. 5549
Schafsberg 11.

Braves, ehrliches
Mädchen
zum 15. Juli oder 1. August gesucht. 5545
Frau Amtsgerichtsrat **Held,** Untere Grabenstraße 9.

Ordentliches, tüchtiges
Mädchen
gesucht. 5538
Dentist Funk, Limburg, Obere Schiede 14.

Dienstmädchen
für landwirtschaftl. Arbeiten in gute Stellung sof. gesucht.
Zu erfr. Exp. 5539

Tüchtiges 5544
Dienstmädchen
nach Limburg gesucht.
Näh. Exp. d. Nass. Bot.

Putzfrau
zum Reinigen von 2 Büroräumen gesucht. 5503
Brückenvorstadt 1.

2 junge Herren
im Alter von 21 Jahren, möchten auf diesem Wege mit **Damen** im entspr. Alter in Verbindung treten.
Angebote nur mit Bild unt. 5534 an die Exp d. Bl. zu richten.

Landmann
kath., 47 J. alt, sucht Bekanntschaft mit einem **Mädchen** oder **Witwe** zwecks baldiger Heirat.
Off. unt. 5543 an die Exp.

Haushälterin, auch kinderlose Witwe
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Hundsangen, 5497
Kreis Westerburg, Haukn. 5, b.

Tüchtige Kon'oristin,
sowie
Lehrling od. Lehrmädchen
gesucht. 5551
A. Königsberger,
Limburg, Flathenbergstr. 2.

Hausbursche
von 14—15 Jahren gesucht.
Gottfried Schaefer,
Mechaniker. 5492

Landaufenthalt in waldiger Gegend
bei guter Verpflegung wird für eine **Dame** im Juli event. August gesucht. 604
Off. unter V 14795 an
Haasenstein & Vogler A.-G.,
Frankfurt (Main).

Einfamilien-Haus,
neu, Villenstil, mit Nebengebäude, Hausgarten, größerer Obstgarten, und mehrere Parzellen Wiesen und Ackerland mit Obstbäumen bepflanzt, in der Nähe v. Hadamar, schön und einzeln gelegen, zu verkaufen 5546
Näh. in der Exp.

Großes Geschäftshaus
in guter Lage, mit größerem Anwesen, zu verkaufen.
Off. unt. 5359 a. d. Exp.

Freundliche
Zweizimmerwohnung
mit Zubehör von alleinstehender **Frau** zu mieten gesucht.
Off. unt. 5519 an die Exp.

Freundlich möbliertes Zimmer für sofort od. später von ruhigem Mieter gesucht.
Schrift. Off. u. 5482 a. d. Exp.

Kinderloses Ehepaar sucht für sof. oder auch später eine geräumige **2- od. auch 3-Zimmerwohnung.** 5494
Gefl. Angeb. an H. Keuler, Verkehrsamt Limburg (Lahn).

Lokal-Gewerbe-Verein Limburg.
Vereinsabend
jeden ersten Freitag im Monat bei Stahlheber. 603
Besprechung gewerblicher Tagesfragen.

KINO
Neumarkt 10.
Samstag, den 6. Juli, Vorstellung v. 7 Uhr an;
Sonntag, den 7. Juli, von 3 Uhr an;
Montag, den 8. Juli, von 7 Uhr an:
605
Der Weg der Erlösung
Filmtragödie in 4 Akten.
Jugendl. unt. 17 Jahren ist der Eintritt verboten

Silberne Armbanduhr
auf dem Wege Bahnhof, Dom, Bahnbrücke verloren. Gegen Belohnung abzugeben. 5532
Hotel „Gutenberg",
Bad Ems.

Ein roter Matrosen-Kragen verloren gegangen an der Eisenbahnstraße. Der ehrl. Finder wird gebet., dens. geg. Belohnung abzugeb. 5530
Hospitalstr. 10, Hinterhaus.

Diejenige Person, welche am Montag gegen 7 Uhr abends in der Post den **Schirm** mitgenommen hat, ist erkannt worden und wird ersucht, denselben binnen 3 Tagen in der Expedition abzugeben, andernfalls sofort Anzeige erfolgt, da Zeugen vorhanden sind. 5550

Rechter
Rauchtabak
ohne jeden Zusatz, lose, in Grob- und Feinschnitt zu haben bei
Jakob Eschenauer,
Wirges.

Handleiterwagen
in allen Größen. 2487
B. Bommer, Limburg, Neumarkt.

Zwei schöne
Thüringer Vogelkäfige,
event. auch mit Blutfink zu verkaufen. 5541
Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Ein emaillierter Küchenherd mit angebaut. Gasherd umzugshalber zu verkaufen.
Jos. Flügel, Limburg,
5543 Verl. Wernersengerstr.

Eine gebrauchte, gutgehende doppelspännige 5452
Mähmaschine
mit Handablage zu verkaufen.
Jos. Schmitt 7.,
Oberweyer b. Hadamar.

Dreschmaschine
mit Göpel-Betrieb, fast neu zu verkaufen. 5536
Wilhelm Hentrich,
Frickhofen.

Gesucht ein gespieltes, gut erhaltenes
Harmonium.
Off., Beschreibung u. Preis unt. 5499 an die Exp. d. Bl.

Zirka 20 **Oelgemälde** (Federzeichnungen) usw., hergestellt von Kriegsgefangenen, sowie 4 **Efeuwände** in Eisenständer u. 3 **Lorbeerbäume** zu verkaufen. 5522
Zu erfr. in der Exp.